



Niederschrift

79. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 24.10.2012
Sitzungsbeginn:	17:05 Uhr
Sitzungsende:	19:43 Uhr
Ort, Raum:	R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Frau Hannelore Knoblich	SPD	
Herr Mike Schubert	SPD	ab 17:07 Uhr
Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD	
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW	
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	
Herr Arndt Sändig	Die Andere	
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	SPD	
-----------------	-----	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs	Oberbürgermeister	entschuldigt
------------------	-------------------	--------------

Ausschussmitglieder

Herr Claus Wartenberg	SPD	entschuldigt
-----------------------	-----	--------------

Gäste:

Herr Exner, GB Zentrale Steuerung und Service	Herr Böhme, Herr Buchholz, EWP
Frau Dr. Magdowski, GB Bildung, Kultur, Sport	Herr Kahle, Bereich Stadterneuerung
Frau Müller-Preinesberger, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz	Vertreter der WagenHausBurg
Herr Weise, GB Stadtentwicklung und Bauen	Vertreter der BI Marquardt
Frau Wiemann, Rechnungsprüfungsamt	Herr Krause, Fraktion SPD
Herr Dahlmann, Bereich Beteiligungsmanagement	Herr Westphal, Pro Potsdam
Herr Kümmel, Büro des Oberbürgermeisters	
Frau Ziegenbein, Schriftführerin	

weitere Gäste: siehe Gästeliste

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
10. Oktober 2012
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110 KV Leitung in Marquardt und
Golm
Vorlage: 12/SVV/0664
Fraktion SPD
 - 3.2 Verhandlungen zur Stromtrasse in Marquardt
Vorlage: 12/SVV/0658
Fraktion DIE LINKE
 - 3.3 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)
Vorlage: 12/SVV/0022
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
Äa Fraktion DIE LINKE
 - 3.4 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den
Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen
Vorlage: 12/SVV/0023
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
Austauschblätter vom 25.01.2012
 - 3.5 Verkehrslösung 2020
Vorlage: 12/SVV/0098
Fraktionen SPD, CDU/ANW
 - 3.6 Tourismusbuskonzept
Vorlage: 12/SVV/0132
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
neue Fassung vom 24.09.12
 - 3.7 Gebäude Döberitzer Straße 3 für sozialen Wohnungsmarkt dauerhaft sichern
Vorlage: 12/SVV/0461
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 3.8 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder
Vorlage: 12/SVV/0468
Fraktion DIE LINKE

- 3.9 Erhöhung des Stammkapitals der Luftschiffhafen Potsdam GmbH
Vorlage: 12/SVV/0587
Oberbürgermeister
- 3.10 Verband Kommunalen Krankenhäuser
Vorlage: 12/SVV/0594
Fraktion DIE LINKE
- 3.11 Partizipativer Prozess zur organisatorischen Weiterentwicklung städtisch
geförderter Projekte der (Jugend-)Soziokultur
Vorlage: 12/SVV/0607
Fraktion FDP
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Ergebnis der Evaluierung der umweltabhängigen Verkehrssteuerung
aus HA 29.08. - Punkt Sonstiges
- 4.2 Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung
Vorlage: 12/SVV/0423
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4.3 Statusbericht Regionaler Wachstumskern Potsdam 2012
Vorlage: 12/SVV/0471
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Heinzel eröffnet die Sitzung. Er informiert, dass sich der Oberbürgermeister im Urlaub befindet und gemäß § 56 BbgKVerf Herr Exner das Stimmrecht für den Oberbürgermeister wahrnimmt.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10. Oktober 2012

Der stellvertretende Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.
Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Zurückzustellen sind:

- Tagesordnungspunkt 3.5, DS 12/SVV/0098, Verkehrslösung 2020, da hierzu das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen noch nicht vorliegt.

Der Tagesordnungspunkt 3.11, DS 12/SVV/0607, Partizipativer Prozess zur organisatorischen Weiterentwicklung städtisch geförderter Projekte der (Jugend-) Soziokultur, wird von der Fraktion FDP **zurückgezogen**. Damit hat sich auch das beantragte Rederecht **für Frau Pigorsch**, als Vertreterin der AG Jugendsoziokultur erledigt. Gegen seinen Vorschlag, die den Fraktionen im Vorfeld zugeleitete Stellungnahme der AG der Niederschrift als Anlage beizufügen, erhebt sich kein Widerspruch.

Ein weiterer Antrag **auf Rederecht** liegt von **Herrn Roggenbuck**, Mitglied der Bürgerinitiative „Freileitung raus!“ zu den Tagesordnungspunkten 3.1 und 3.2 vor – wogegen sich kein Widerspruch erhebt.

Bezüglich des Tagesordnungspunktes 3.7, DS 12/SVV/0461, Gebäude Döberitzer Straße 3 für sozialen Wohnungsmarkt dauerhaft sichern, schlägt Herr Exner vor, diesen im öffentlichen Teil einzubringen und dann gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 7, DS 12/SVV/0647, Verkauf eines Grundstücks in der Döberitzer Straße zu behandeln.

Im Weiteren bittet Frau Bankwitz um eine Information zum Verfahren bezüglich Potsdam TV und Herr Dr. Scharfenberg zur landesinternen Verteilung von Asylbewerbern in Bezug auf die Situation Potsdams.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift der 78. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 10. Oktober 2012 gibt es keine Hinweise; sie wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110-KV-Leitung in Marquardt und Golm

Vorlage: 12/SVV/0664

Fraktion SPD

Herr Schubert informiert, dass der Antrag mit leichten Modifikationen, größtenteils redaktioneller Art, im Ortsteil Marquardt besprochen worden sei. Die neue Fassung des Antrags wird mit folgendem Wortlaut ausgereicht:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der EonEdis kurzfristig Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen,
 - Möglichkeiten zu erörtern, im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages die Verlegung der 110-kV-Leitung aus den Ortslagen Marquardt und Golm heraus zu regeln,
 - etwaige planungs- und baubedingte Mehrkosten für eine alternative

- Trassierung der 110-kV-Leitung gegenüber einem Ersatzneubau im bisherigen Trassenkorridor zu konkretisieren und
- eine angemessene Kostenbeteiligung der Landeshauptstadt Potsdam an etwaigen Mehrkosten zu verhandeln, soweit eine Kostenbeteiligung Voraussetzung und Folge des angestrebten städtebaulichen Vertrages sein sollte, und etwaige Mehrkosten nicht durch das Planfeststellungsverfahren selbst bedingt sind und eine anderweitige Umlage etwaiger Mehrkosten rechtlich und tatsächlich nicht möglich ist.
- Im Weiteren wird der Oberbürgermeister beauftragt, mit der Planfeststellungsbehörde kurzfristig Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, Unterstützung für eine vertragliche Lösung des bestehenden Zielkonfliktes einzuwerben.
2. Vor einer endgültigen Entscheidung sollen alternative Trassen, insbesondere im Hinblick auf deren kostenmäßigen Auswirkungen, sachverständig untersucht werden.
 3. Alternative Trassenführungen sind mit den örtlichen Bürgerinitiativen im Vorfeld einer möglichen Befassung der Stadtverordnetenversammlung einvernehmlich abzustimmen.
 4. Der Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung im November ein Sachstandsbericht zu erstatten, sollte der Hauptausschuss diesen Auftrag an den Oberbürgermeister erteilen.

Ziel des Antrages, so Herr Schubert, sei eine zeitnahe Aufnahme von Gesprächen und eine kurzfristige Berichterstattung in der Stadtverordnetenversammlung im November. Im Sinne einer zügigen Evaluierung, ob mittels eines städtebaulichen Vertrages die Möglichkeit besteht, dem Ansinnen der Bürgerinnen und Bürger in Golm und Marquardt Rechnung zu tragen, sollte der Hauptausschuss diesen Auftrag an den Oberbürgermeister erteilen.

Anschließend erhält Herr Roggenbruck als Mitglied der Bürgerinitiative das Rederecht und betont, dass das Anliegen des Oberbürgermeisters unterstützt, eine finanzielle Beteiligung jedoch abgelehnt werde, weil durch eine geänderte Trassenführung die Entschädigung für Flächen um ein Vielfaches zu minimieren wäre.

Im Weiteren werden anlehnend an die Diskussion in der Hauptausschusssitzung am 10. Oktober die Meinungen über den besseren Weg zur Erreichung des gemeinsamen Ziels im Sinne der Marquardter ausgetauscht. Herr Schüler und Herr Schultheiß sprechen sich gegen eine finanzielle Beteiligung aus, weil vieles für eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) spreche und ein Beschluss im Vorfeld die Position der Stadt verschlechtere. Sie plädieren dafür, den Antrag bis zur Entscheidung des Landesamtes für Bergbau und Geologie über eine UVP zurückzustellen.

Anschließend bringt Herr Dr. Scharfenberg den Antrag DS 12/SVV/0658 (Tagesordnungspunkt 3.2) ein, der ein Signal beinhalte, dass die Stadt bereit ist, eine „gute Lösung“ auch finanziell zu unterstützen. Um sich ein Urteil über einen aussichtsreichen Weg bilden zu können, bittet er um eine Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Exner betont, dass sich alle über eine geänderte Trassenführung einig seien. Einen Beschluss zur finanziellen Beteiligung der Stadt zu fassen, sei hingegen von Nachteil, da er die Verhandlungsposition der Stadt verschlechtere - aus diesem Grunde werde auch E.on Edis keine Zugeständnisse machen. Er spricht sich dafür aus, das Planfeststellungsverfahren abzuwarten und anstatt freiwillig zu zahlen, dem Energieriesen E.on Edis Zugeständnisse abzurufen. In diesem Sinne schlägt er folgende geänderte Textfassung vor:

"Der Hauptausschuss / die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Aktivitäten des Oberbürgermeisters, im Rahmen des Planstellungsverfahrens sich für Trassenalternativen gegenüber den im Verfahren eingereichten Trassenführungen einzusetzen."

Herr Schubert verweist darauf, dass das bereits Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung sei. Er könne sich vorstellen, den Punkt bezüglich der finanziellen Beteiligung zu streichen und den Rest des Antrags zu beschließen.

Herr Kahle plädiert dafür, das Planfeststellungsverfahren abzuwarten und betont, dass sich E.on Edis bis dahin auch keine Gedanken über eine Alternativtrasse machen werde.

Herr Heinzel stellt den Antrag, die DS 12/SVV/0658 und 12/SVV/0664 bis zur Entscheidung des Landesamtes für Bergbau und Geologie über eine UVP, **zurückzustellen** und beide Drucksachen in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Hauptausschusses aufzunehmen. Dieser Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen, bei 4 Nein-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen **angenommen**.

zu 3.2 Verhandlungen zur Stromtrasse in Marquardt
Vorlage: 12/SVV/0658
Fraktion DIE LINKE

siehe Tagesordnungspunkt 3.1

zu 3.3 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)
Vorlage: 12/SVV/0022
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
Äa Fraktion DIE LINKE

Herr Exner bringt die als Tischvorlage ausgereichte **neue Fassung** ein, mit der eine Aufstockung der Aufsichtsratsmitglieder auf 12 unter Berücksichtigung einer Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer vorgeschlagen werde. Er plädiert dafür, dass externe Experten so wie in anderen Aufsichtsräten auch über die Sitze der Fraktionen entsandt werden können.

Herr Dr. Scharfenberg zieht ein Resümee des bisherigen Verfahrens und betont, dass eine abstimmungsreife Vorlage schon längst hätte vorliegen können. Die jetzige Variante habe einen Schönheitsfehler, weil sie die Zielstellung der Verwaltung, mit kleinen Aufsichtsräten zu arbeiten, nicht berücksichtige. Deshalb beantragt er, bei insgesamt 15 Aufsichtsratsmitgliedern zu bleiben – auch weil damit die „Dreierfraktionen“ einen Sitz erhalten könnten. Frau Bankwitz und Herr Sändig unterstützen diesen Änderungsantrag; Herr Schüler spricht sich dagegen aus, weil nach Hare-Niemeyer-Verfahren nicht die Dreierfraktionen, sondern die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion SPD 3 statt bisher 2 Sitze erhalten würden.

Der Änderungsantrag von Herrn Dr. Scharfenberg wird zur Abstimmung gestellt und mit 10 Nein-Stimmen, bei 6 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Anschließend wird die Fassung vom 24.10.2012 zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Gesellschaftsvertrag der Stadtwerke Potsdam GmbH in der Fassung vom 14. Februar 2011 soll in § 9 Abs. 1 wie folgt geändert werden:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus **12** Mitgliedern besteht. Dem Aufsichtsrat gehören an:

- a) der/die Oberbürgermeister/in der Landeshauptstadt Potsdam oder ein/eine **von ihm/ihr zu betrauende/r Beschäftigte/r der Landeshauptstadt Potsdam**, welcher/welche den Vorsitz führt,
- b) die übrigen Mitglieder werden, soweit sie nicht als Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer nach den Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes zu wählen sind, **von der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam unter Berücksichtigung der kommunalrechtlichen Bestimmungen zur Berufung und Abberufung von Vertretern in Unternehmen entsandt.**

Die entsandten Mitglieder werden der Gesellschaft schriftlich mitgeteilt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

zu 3.4 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen

Vorlage: 12/SVV/0023

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
Austauschblätter vom 25.01.2012

Die namentliche Benennung durch die Fraktionen soll anschließend erfolgen und die DS 12/SVV/0023 mit diesen Vorschlägen ausgereicht werden.

zu 3.5 Verkehrslösung 2020

Vorlage: 12/SVV/0098

Fraktionen SPD, CDU/ANW

zurückgestellt

zu 3.6 Tourismusbuskonzept

Vorlage: 12/SVV/0132

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
neue Fassung vom 24.09.12

Dem Antrag wurde im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen in einer neuen Textfassung mehrheitlich zugestimmt. Auf Bitte von Herrn Schüler wird der Termin auf März 2013 korrigiert.

Die neue Fassung wird mit der Terminänderung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe einzurichten mit dem Ziel, alternative Konzepte zum bestehenden Touristenbussystem zu untersuchen und entsprechende Vorschläge der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Die Arbeitsgruppe soll sich aus Vertretern der Stadtverordneten, der Stadtverwaltung, aus Vertretern der Touristenbranche, der VIP, der Stiftung Schlösser und Gärten und Vertretern des vom Touristenbusverkehr besonders betroffenen Gebietes um den Cecilienhof (Nachbarschaftsinitiative Am Neuen Garten zu Potsdam e.V.) zusammensetzen

Ein erstes Ergebnis soll bis März 2013 vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	5

**zu 3.7 Gebäude Dberitzer Straße 3 für sozialen Wohnungsmarkt dauerhaft sichern
Vorlage: 12/SVV/0461**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Schüler bringt den Antrag ein, der nach Beratung mit dem Tagesordnungspunkt 7 im nicht öffentlichen Teil zur Abstimmung gestellt wird:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Objekt „Döberitzer Straße 3“ an die Pro Potsdam zum Verkehrswert auf der Basis einer Kaltmiete von 4,02 €/m² zu veräußern.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	9
Stimmenthaltung:	0

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

**zu 3.8 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder
Vorlage: 12/SVV/0468**

Fraktion DIE LINKE

Der Ortsbeirat Golm hat den Antrag mit 1:3:0, der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen mit 5:5:1, der Ausschuss für Finanzen mit 3:4:0 und der Ausschuss für Kultur mit 3:3:0 **abgelehnt**. Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales stimmte dem Antrag mit 6:3:1 sowie einer Terminänderung von Oktober auf November 2012 zu.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass der Antrag in den Gremien ausführlich diskutiert worden sei, wenn auch mit negativem Ergebnis. Der Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen füge sich nahtlos in das Anliegen seiner Fraktion ein und werde mit übernommen.

Herr Sändig führt aus, dass die politischen Argumente sicher ausgetauscht seien;

trotzdem wolle er darauf verweisen, dass der von der Verwaltung angeführte Grundstückswert mehrere Grundstücke umfasse. Damit gehe das Rechenexempel bezüglich der WagenHausBurg nicht mehr auf.

Der Antrag, einschließlich der Ergänzungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird zur Abstimmung gestellt:

Der Beschluss DS 12/SVV/0570 vom 12.09.2012 im Hauptausschuss wird aufgehoben.

Für das Gebiet an der Fährwiese Hermannswerder wird ein B-Plan aufgestellt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Bewohner/innen der WagenHausBurg in Verhandlungen zum Abschluss eines Erbbaurechts- bzw. Kaufvertrages für den jetzigen Standort Tornowstraße 38 auf Hermannswerder einzutreten.

Über die jeweiligen Ergebnisse der Gespräche ist der Hauptausschuss alle zwei Monate, beginnend im Oktober **November** 2012, zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	10
Stimmenthaltung:	0

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.9 Erhöhung des Stammkapitals der Luftschiffhafen Potsdam GmbH

Vorlage: 12/SVV/0587

Oberbürgermeister

Herr Dahlmann bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Erhöhung des Stammkapitals der Luftschiffhafen Potsdam GmbH von derzeit 25.000 Euro um 75.000 Euro auf 100.000 Euro durch Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	2

zu 3.10 Verband Kommunaler Krankenhäuser

Vorlage: 12/SVV/0594

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg signalisiert namens der Fraktion DIE LINKE Bereitschaft, den Antrag noch einmal zurückzustellen, um der Verwaltung Verhandlungen, z. B. mit Brandenburg zu ermöglichen. Er verweist gleichzeitig auf die Wichtigkeit des Anliegens und bittet, dies im Januar 2013 wieder in die Tagesordnung

aufzunehmen.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.11 Partizipativer Prozess zur organisatorischen Weiterentwicklung städtisch geförderter Projekte der (Jugend-)Soziokultur

Vorlage: 12/SVV/0607

Fraktion FDP

zurückgezogen

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Ergebnis der Evaluierung der umweltabhängigen Verkehrssteuerung
aus HA 29.08. - Punkt Sonstiges

Herr Becker, Bereich Verkehrsmanagement, informiert, dass die umweltabhängige Verkehrssteuerung seit dem 17. April 2012 laufe und technische Störungen, wie z. B. der Rückstau der Fahrzeuge bis in die Nachbargemeinden hinein, in den ersten drei Monaten eine Nachjustierung erforderten. Deshalb seien noch keine kontinuierlichen Daten vorhanden, die eine Evaluierung ermöglichen würden. Derzeit werden die Daten aus dem III. Quartal 2012 ausgewertet, so dass er davon ausgehe, im Januar 2013 die Ergebnisse vorlegen zu können.

Herr Schubert zeigt sich überrascht, da Herr Klipp bislang den Oktober für eine Evaluierung angekündigt habe. Im Weiteren beantwortet Herr Becker die Nachfragen von Frau Dr. Schröter, Herrn Schultheiß und Frau Müller.

zu 4.2 Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung

Vorlage: 12/SVV/0423

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Kahle verweist bezüglich der Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg auf eine Beschlussvorlage zum B-Plan 122, die für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.11.2012 vorliege.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.3 Statusbericht Regionaler Wachstumskern Potsdam 2012

Vorlage: 12/SVV/0471

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Hierzu berichtet Herr Kahle ergänzend zur Mitteilungsvorlage aus der interministeriellen Arbeitsgruppe und benennt die Schwerpunkte der neuen Förderperiode sowie Ziele und Zeitfahrplan des Ministeriums. Er beantwortet anschließend die Nachfragen von Frau Dr. Schröter, ob es im Rahmen nachhaltiger Mobilität Zusagen zur Elektromobilität gebe (Straßenbahnen u.ä.) und von Herrn Dr. Scharfenberg zur L 40 und der damit bereits mehrfach geforderten Lärmschutzmaßnahmen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Müller-Preinesberger informiert über die Situation bezüglich der Suche nach einem neuen **Standort für eine Außenstelle der Potsdamer Tafel**. Hierfür sei der ehemalige Getränkemarkt zwischen B.-Kellermann-Straße und Friedrich-Wolf-Straße vorgeschlagen worden, der aus Sicht der Verwaltung sehr gut geeignet sei, da er den hygienischen Anforderungen entspreche, gut erreichbar sei, entsprechende Voraussetzungen für die Anlieferung usw. habe. In der nächsten Woche sei ein Besichtigungstermin anberaumt – sie meine, dies sei ein gutes Angebot für eine dauerhafte Nutzung.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf einen Antrag der Fraktion DIE LINKE für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.11.2012 mit dem Anliegen, eine zeitnahe Lösung zu finden. Das jetzt vorgeschlagene Angebot sei eine respektable Lösung, so dass er um eine aktuelle Information am 07.11.12 bittet, um beurteilen zu können, ob sich der Antrag evtl. schon erledigt hat.

Entsprechend der aktuellen Beschlusslage, den Hauptausschuss über **anstehende Preiserhöhungen** zu informieren, erläutert Herr Böhme an Hand einer Power-Point-Präsentation (der Niederschrift als Anlage beigefügt) die Preiszusammensetzung für **Strom, Gas und Fernwärme**, die Parameter, die zu einer Erhöhung führen und die finanziellen Belastungen für die Haushalte sowie den Stand der Landeshauptstadt im Bundesvergleich.

Auf Nachfrage von Herrn Schüler, wohin die Mehreinnahmen fließen, entgegnet er, dass hier eine Vollkostenrechnung zu Grunde liegt und die EWP sich nach den Vorgaben der Bundesnetzagentur richte.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf eine **Statistik der Zentralen Ausländerbehörde** (der Niederschrift als Anlage beigefügt), mit der die landesinterne Verteilung von Asylbewerbern dargestellt wird und Potsdam mit 17 % unter dem Aufnahmesoll liege. Frau Müller-Preinesberger entgegnet, dass Anfang Oktober das Aufnahmesoll mit 60 % erfüllt war und nun weitere Plätze in der Hegelallee hinzukommen sowie die Stadt sich verstärkt darauf konzentriere, dass Asylbewerber Wohnungsangebote annehmen. Wenn alles gut gehe, wird das Ziel, 78 zusätzliche Plätze in der Landeshauptstadt anzubietenden, erreicht.